

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 31 (1941)
Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDSCHAU



„Familienlohn“

—an— Es wurde vor einigen Wochen davon gesprochen, daß Pläne bestünden, die „Lohnausgleichsteuer“, die so vorzügliche Dienste leistet und es dem Bunde ermöglicht, den Wehrmannsfamilien den Unterhalt zu sichern, zu verewigen und nach dem Ende der Mobilisation einem andern Zwecke dienstbar zu machen. Die Ausrichtung von „Familienlöhnen“, an die man dabei denkt, ist ein stacheliges Problem, und man weiß, daß nicht der Unternehmer es sein kann, der freiwillig vermehrte Lasten auf sich nimmt, nur „um des idealen Zweckes“ willen, nur, damit die Gesellschaft in ihrem alten Fundament, der gesunden Haushaltungen, gesichert bleibe. Solange ihm frei steht, anzustellen, wen er will, solange wird er einen Ledigen vorziehen, wenn der Staat für den verheirateten Arbeiter höhere Löhne dekretiert. Also: Die Lohnausgleichsteuer würde die Mittel beschaffen, um jedem Betriebe den notwendigen Zuschuß zu stiften, Zuschuß für Höherbezahlung der Verheirateten.

Es wurde von links die Frage gestellt, ob man nicht mit dem gleichen Rechte eine Verewigung des Wehrpoppers postulieren dürfte? Ob man nicht die Mittel zur „Bevorzugung der Familienväter“ oben abschöpfen sollte, statt sie ewig „unten wegzunehmen“. Und es wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß die industriellen Gegenden, die Städtekantone, die ja den Massenanteil an die Erträge der Lohnausgleichsteuer liefern, dazu herhalten sollten, um den kinderreichen Gegenden, die möglichst niedrige „Ledigenlöhne“ zahlen, auf die Beine zu helfen. „Der städtische Industriearbeiter soll für die Lohnrücker der rückständigen Kantone bluten“... so ungefähr lautete die Kritik. Es fehlte wenig bis zur These, daß eine solche Steuer für die verwendet werden müßte, die sie bezahlten... also für den Kanton, der sie aufbringe, und für die Bevölkerung, die damit belastet werde.

Ob solche Kritiken im Einzelnen recht oder unrecht haben, stehe dahin. Wie belasten sämtliche Konsumenten mit indirekten Steuern, die für vielfältige Zwecke verwendet werden, sicher aber nicht nach „gerechtem Schlüssel für jene, welche sie bezahlen“. Wir lassen den Staat Millionen und Millionen leisten, um Milchpreise zu stützen und das Brot auf einer Höhe zu halten, die den Getreidebau ermöglicht, und niemand fragt im Einzelnen danach, wer nun alles an diesen Subventionen trage, und wieviel einer daran zu leisten habe. Genug, daß unsere Bauernsleute kaufräftig und wirtschaftlich gesund bleibt... und daß sie uns ein Maximum dessen liefert, was wir von ihr erwarten. Auch bei der Betrachtung des „Familienlohnproblems“ müßte man in erster Linie den sozialen Effekt bewerten, der in der Förderung der Familie liegt, und erst in zweiter Linie, ob etwa eine rückständige Gegend dabei profitiere. Abgesehen davon, daß solche Gegenden unter Umständen gerade durch derartige „Zuschüsse“ ihre Entwicklung beschleunigen könnten. Und: Wenn alles, was einer bezahlt, nur wieder für ihn verwendet würde, wozu brauchte man denn den „Ausgleicher Staat“, der den Einzelnen zu Leistungen für die Allgemeinheit... oder für die Minderbegünstigten heranzieht?

Ein Beispiel partieller „Familienentlohnung“ plant der Kanton Bern mit seinen Teuerungszulagen. Wir können von einer vorbildlichen Lösung sprechen und hoffen, sie

werde Schule machen. Und: Wenn sie sich bewähre, werde man die erstmals in diesem Umfange durchgeführte Ordnung auf weitere Beträge der gesamten Lohnsumme ausdehnen. Was ist beschlossen worden? Für das Jahr 1941 erhält das definitiv angestellte Personal, ebenso das provisorisch oder aushilfsweise angestellte, eine Teuerungszulage, in vier Raten je am Ende eines Vierteljahres ausrichtbar. Es wird eine „Grundzulage“ von 60 Franken gewährt. Soviel erhalten alle, die Ledigen wie die Verheirateten. Der zweiten Gruppe aber wird außer der Grundzulage ein weiterer Betrag in gleicher Höhe bezahlt, so daß also die Familienväter zunächst 120 Franken bekommen. Dazu aber kommt nun noch eine Kinderzulage. Für ein Kind wird die Hälfte des „Ledigenbetrages“ gerechnet, also 30 Franken.

Man kann sagen, die Teuerung habe schon ganz andere Ausmaße angenommen, als sie in den Zulagen zum Ausdruck kommen. Aber man muß gleich beifügen, daß es die Familien sind, welche das Steigen des Index wirklich ernsthaft spüren. Die Ledigen können sich allerlei versagen, was sich manche Familienväter sowieso nicht gönnen dürfen. Und die Quote, die es auf eine Familie trifft, sieht doch erheblicher aus, als die genannten 60, 60 und 30 Fr. auf den ersten Blick erraten lassen.

Die Betrachtungsweise, die einfach den Index mit dem Lohn vergleicht und schematisch für jeden Angestellten prozentual gleichviel Zulage verlangt, ist mit der neuen Ordnung durchbrochen worden. Vielleicht werden wir in Zukunft überhaupt anders über das Lohnrecht denken als heute. Wer hat sich einmal überlegt, daß jeder ausbezahlte Lohn je nach dem Empfänger, der ihn wieder ausgibt, ganz verschiedene volkswirtschaftliche Wirkungen auslöst? Daß der Ledige, der nur einen Teil seiner Einkünfte für Nahrung, Obdach und Kleidung braucht, einen viel größeren Betrag für „entbehrliche Dinge“ ausgeben vermag, also gewissermaßen den „Luxuszwergen“ unserer Volkswirtschaft nützt? Wogegen Familien wenig für Luxuskonsum ausgeben können und folglich mit fast ihrem ganzen Einkommen die „notwendigere Produktion“ stützen! Von diesem Gesichtspunkte aus müßte man, um nur die volkswirtschaftliche Seite zu betrachten, den Familienlohn diskutieren. Daß wir damit zugleich das Familien-Ethos fördern, zeigt uns, wie eng verbunden Wirtschaftsvernunft und Ethos sind!

Kein Friede

Als die Amerikaner und Engländer begannen, ihre Angehörigen aus Japan und China abzuberufen, als sie auf den Zusammenzug japanischer Kriegsschiffe in den südhineischen Gewässern mit eigenen Verstärkungsmaßnahmen antworteten, als man von der Konzentration britischer Seereskräfte an der Nordgrenze des Singapurgebietes hörte und von einer Konsultation der amerikanischen, britischen und holländischen Kommandos im Fernen Osten sprach, taten die Japaner sehr verwundert und ließen durch ihren Außenminister eine merkwürdige Erklärung abgeben. Ob auch die Botschaft, welche in London überreicht wurde, mit dieser Erklärung übereinstimmte, ist nicht bekannt geworden, doch nahm man an, sie besage dasselbe wie die Erklärung Matsukas. Nämlich, daß Japan nicht nur keinen Krieg wünsche, sondern zu vermitteln suche, und nicht nur in Asien, sondern auch anderswo.

Daraus wurde nun geschlossen, Japan biete seine Vermittlertätigkeit auch England und der Afise an. Und die Phantasie eilte diesen Schlüssen noch um einiges voran: Vor Japan sei Spanien aufgefordert worden, die Vermittlung zu versuchen, oder es habe sich angeboten, Führer auszustrecken und sei nicht zufriedengestellt worden, und das in China bedrängte Japan gehe nun energischer vor als Spanien.

Hand in Hand mit diesem angeblichen Friedensschritt Japans sollte auch Deutschland einen Versuch gemacht haben, nur in anderer Richtung. Es habe seine Hand im Spiel gehabt, bevor es zur bulgarisch-türkischen Nichtangriffserklärung gekommen, und nun sei es im Begriffe, Griechenland eine Vermittlung mit Italien anzubieten, und es werde Athen ein Ultimatum stellen, entweder mit Italien einen ehrenvollen Frieden abzuschließen, oder einen deutschen Vormarsch gegen Saloniki zu gewärtigen.

Man sieht, die beiden angeblichen Friedensaktionen haben durchaus verschiedene Ziele. Wenn die japanische einen Schlußstrich unter die bisherigen Auseinandersetzungen ziehen wollte ... immer vorausgesetzt, daß es erfolgte ... dann mußte der Erntende Japan sein, Japan selbst. Das Prestige des Mikado würde bis zum Himmel steigen, und in der Sonne dieses Prestiges ließe sich mit Tschang-Kai-Schek verhandeln. Er könnte sich dem Friedensstifter nicht wohl widersetzen, aus moralischen Gründen nicht. Japan hat seither den herumgeschwirrtten Gerüchten ein rasches Ende gesetzt. Muß man annehmen, das Dementi sei das Resultat eines Mißerfolgs? Vielleicht.

Die angebliche deutsche Aktion in Griechenland aber würde ganz andere Ziele haben. Man versteht sie, wenn man liest, welche Deutung Berlin dem bulgarisch-türkischen Abkommen gegeben. Es sei mit der Nichtangriffserklärung beider Staaten soviel wie eine Vereitelung britischer Versuche, den Balkan zum Kriegsschauplatz zu machen, erreicht worden. Entspricht diese Auslegung der deutschen Ansicht, dann läge auch die Annahme nahe, daß man versuchen wollte, England durch einen italienisch-griechischen Frieden aus jenem Teil des Balkans hinaus zu manövrieren, der ihm heute als Angriffsfläche zur Verfügung steht, aus Griechenland. Und den ... nebenbei gesagt, nicht England zum Kriegsschauplatz gemacht hat, sondern die Achsenmacht Italien. Und möglicherweise nicht im absoluten Einverständnis mit Berlin.

Nun, auch die angeblichen deutschen Versuche sind demontiert worden, von Deutschland, von Rom und von Griechenland. Und unter alle Gerüchte setzt Mussolini noch ein Generaldementi mit seiner großen Rede, die den Kampf bis zum letzten Blutstropfen ankündigt und sein Volk an Cannae erinnert, wo das alte Rom beinahe vernichtet wurde. Hannibal stand damals vor den Toren, und Rom siegte doch, und der große Hannibal zerschellte an der Macht des aufstrebenden Staates. Und so muß, wenn wir die Parallele ziehen, England an der Macht des neuen Impero zerschellen, mögen die britischen Fallschirmtruppen abermals in Süditalien landen und die britischen Kreuzer Genua oder gar andere Städte bombardieren, oder möge das ganze afrikanische Italien verloren gehen. Mit erstaunlicher Offenheit hat der Duce der Öffentlichkeit Italiens gesagt, wie die Niederlage in der Kyrenaika aussieht, aber er hat auch „baldiges gutes Wetter in allen vier Himmelsrichtungen“ verkündet und den Griechen verheißt, daß ihre taktischen Erfolge in Albanien ein Ende nehmen würden.

Wenn an der deutschen Vermittlungsaktion in Athen etwas Wahres gewesen ... in Rom wird man den Versuch kaum unternommen haben. Denn es versteht sich, daß Rom zugegriffen haben würde, falls Italien der oder jener Stützpunkt auf griechischem Boden als Friedenspreis angeboten wurde, und wenn Griechenland sich verpflichtete, die Engländer wieder heimzuschicken und vor allem zu verhindern, ihre Flugplätze auf den Inseln nahe den Dardanellen auszubauen. Ein Friedensschluß, wie ihn die Finnen mit den Russen abschlossen, warum nicht?

Er nähme den Engländern wirklich alles ab, was sie heute auf dem Kontinent an Angriffspunkten besitzen. Er würde die „Entertaken“ lösen, die sie in Griechenland auf das „Schiff des Kontinents“ geschlagen.

Man kann heute über die Frage, ob Berlin in Athen sondierte, ruhig hinweggehen. Fest steht, daß die Dinge an der Balkanfront sich der Entscheidung nähern. Bulgarien mobilisiert weiter. Es finden in Sofia Verhaftungen statt ... angeblich werden Leute aus den Linkskreisen, Kommunisten, Bauernführer, Sozialisten aus den gefährdeten Zonen geschafft. Der deutsche Oberkommandierende in Rumänien, General Vist, soll sich in Bulgarien befinden. Aus Belgrad herüber tönen Zeitungsstimmen, wie eine letzte Mahnung Jugoslawiens, den deutschen Begehren die „balkanische Solidarität“ entgegenzustellen und zu verhindern, daß der Krieg sich ausweite. Man lasse den italienischen Krieg der Griechen auf sich beruhen ... Es ist deutlich geworden, daß die Ereignisse nicht mehr lange auf sich warten lassen können.

Auf der andern Seite erklärt England das mittlere Mittelmeer als Gefahrenzone und mahnt die internationale Schifffahrt, die in Betracht fallenden Routen zu meiden. Als Zentrum der Zone wird Malta genannt. Die Meeresstraße von Sizilien, die Bonifaciostraße zwischen Korrika und Sardinien, die Meerereingänge um Sizilien sind also unsicher geworden, und England erwartet eine deutsche Aktion größern Stils, sei es eine Landung in Tunis, sei es eine solche auf tripolitanischem Boden, um Graziani die Wiederaufnahme der Aktion gegen die Nilarmee zu ermöglichen.

Undurchsichtig bleiben die englischen Gegenmaßnahmen. Von einem weiteren Vormarsch in die tripolitanischen Wüstengebiete hört man nichts. Nur von einer „raschen Reorganisation der Nilarmee“. Wo aber soll diese Armee eingesetzt werden? Strategisch erschiene ein Vorstoß in der Richtung auf Tunis als ein großer Fehler. Ratfamer schiene, die immobilisierte Graziani-Armee mit geringern Kräften defensiv in Schach zu halten und die Viertelmillion Australier und Indier samt den „freien Franzosen“ zum Einsatz an der griechischen Front bereit zu halten. Es wird seit einigen Wochen von einer „Salonikifront“ gesprochen. Sie besteht tatsächlich, wenn auch bis heute nur griechische Grenztruppen auf alle Eventualitäten warten, die sich im nördlichen Mazedonien ereignen könnten. Die Griechen haben, um ja den Deutschen keinen Vorwand zum Eingreifen zu liefern, an der italienischen Front keine einzige britische Abteilung gezeigt. Ob sie solche irgendwo „verstecken“, sei dahingestellt. Und in welchem Umfange britisches Material in Saloniki eintrifft, läßt sich nicht kontrollieren, genauer: Man kann nicht sagen, ob solches Material, wenn es ausgeladen wird, für die griechische Armee oder für nachfolgende britische Korps bestimmt wäre.

Aber vielleicht sind die von britischer Seite gemeldeten deutschen Vorbereitungen, die griechischen Linien im Strumatal und im Rhodopegebirge anzugreifen, und die erwarteten britischen Einsätze an dieser Gefahrenstelle sehr nebensächlich geworden. Andere Dinge werden akut. Hitler hat in seiner letzten Rede, die als „Marschrede zur bevorstehenden Offensive“ bezeichnet wird, den Beginn der neuen Unternehmung zur See angekündigt. Wir haben also den Losbruch der beginnenden Entscheidungsfämpfe als nahe bevorstehend anzunehmen. Die Engländer werden Fürchterliches auszuhalten haben. Die von den Deutschen gemeldeten Massenversenkungen von Schiffen ... ein ganzer Geleitzug, dazu Einzelschiffe aus andern Zügen, im ganzen eine Viertelmillion Tonnen in nur zwei Tagen ... zeigen uns, was dem Inselreiche als erste Gefahr drohe. Und vielleicht ist darüber hinaus eine Groß-Invasion geplant. „Wo sie auch seien, man werde sie zu finden wissen“, hat der Führer des Dritten Reiches den Engländern verheißt, und seine Rede wie die des Duce ließen keinen Zweifel übrig, daß beide vom absolut sichern Achsensiege überzeugt sind.